

Für Antrag auf Verbot der FAP im Bundesrat kaum Aussicht auf Erfolg

Da die FAP nicht nur in NRW, sondern auch in anderen Bundesländern tätig sei, könne Nordrhein-Westfalen keinen Verbotsantrag stellen. Antragsteller könnten nur die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat sein. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse bestehe für NRW allerdings derzeit keine Möglichkeit, mit Aussicht auf Erfolg einen entsprechenden Antrag im Bundesrat einzubringen. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) habe es bisher trotz der Bitte aus NRW und beigefügtem Material nicht für opportun gehalten, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.

Das teilt Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in seiner Antwort (Drs. 10/2540) auf eine Kleine Anfrage (Drs. 10/2430) der SPD-Abgeordneten Dr. Brunemeier, Champignon, Hunger, Jentsch, Radtke, Brigitte Speth und Thulke mit. Die Politiker hatten wissen wollen, wo die Hemmnisse lägen, daß das vom Landtag geforderte Verbot der FAP noch nicht vollzogen worden sei.

Auf die Frage, was die Landesregierung gegen FAP-Gewalttaten zu tun gedenke, antwortet der Minister, zur konsequenten Verfolgung und Ahndung rechtsextremistischer Straftaten und zur Vorbeugung solcher Umtriebe würden zum einen polizeiliche, zum anderen strafrechtliche Mittel eingesetzt. So seien vom 1. Januar bis 9. Oktober 1987 von der Polizei in NRW 368 strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert worden, wobei in 62 Fällen die FAP bzw. deren Angehörige als Straftäter in Frage gekommen seien. In 112 Fällen mit rechtsextremistischem Hintergrund hätten die Täter von der Polizei ermittelt werden können.

Schnoor betont, auch wenn die FAP für sich genommen keine Gefahr für die innere Sicherheit darstelle, sei der Rechtsextremismus insgesamt gefährlich, weil er auf Angehörige jugendlicher Randgruppen wie Skinheads, sogenannte Fußballfans oder arbeitslose Jugendliche eine gewisse Faszination ausübe.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45, btx: # 56801*

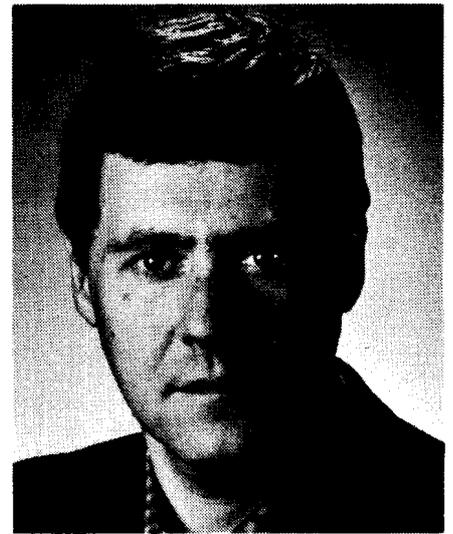
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: L.N. Schaffrath, Graphischer Betrieb, Geldern

Porträt der Woche



Jürgen Büssow (SPD)

Zu den politischen Alltagswahrheiten zählt der Satz, daß Wandelbarkeit Voraussetzung für Kontinuität sei. Was nichts mit opportunistischer Anpassung zu tun habe. Es soll vielmehr die Freiheit bezeichnet werden, auf aktuelle Herausforderungen unorthodox und geschmeidig zu reagieren. Der Großpolitiker läßt sich niemals einengen und bewahrt dennoch, wenn es geht, seine Integrität. Dies angesichts der Barschel-Affäre und der Verstrickung einer großen Volkspartei vorausgeschickt, erscheint ein Mann wie Jürgen Büssow als eine beachtenswerte Hoffnung der Landespolitik.

Büssow ist freilich Sozialdemokrat und schon deshalb von Anfechtungen weitgehend frei, machtbessenen und skrupellos zu operieren. Der 41jährige zeigt nach heißspornigen Jahren vielmehr Nachdenklichkeit. Er darf zu den Dazulernern gerechnet werden.

Noch sind manchen Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag die frühen Reden ihres Kollegen Büssow im Gedächtnis, der mit flotter Häme und garstigem Spott die konservative Opposition geißelte, aber auch die Landesregierung nicht schonte. Selbst der Christdemokrat Kurt Biedenkopf, der um seine Parlamentsauftritte die kühle Aura des gespannten Respekts zu verbreiten pflegte, mußte der flinken Düsseldorfer Zunge Tribut zollen. Unvergessen ist Büssows süffisante Anmerkung zu einer Biedenkopf-Zwischenfrage in einer Debatte am 18. März 1981, als er den Professor beschied, wer einmal zwei Semester studiert und Wissenschaftstheorie betrieben habe, kenne das Problem, „daß aus dem Sein nicht geschlossen werden kann, was sein soll“.

Für sich selbst hat Jürgen Büssow das Problem gelöst. Was sich aus seinem Lebenslauf ergibt: Geboren am 1. April 1946 in Godesberg, Volksschule, Lehre und Gesellenprüfung als Orthopädiemechaniker, „Bildungsreifeprüfung“ im Jahr der Studentenrevolte (1968), Studium der Erziehungswissenschaften, Diplom-Pädagoge, zwei Jahre Studienleiter in einem Institut der Erwachsenenbildung, danach Referent der Hans-Böckler-Stiftung. Die politische Karriere: Mitglied der SPD seit 1964, Sozialistischer Hochschulbund, Jungsozialist, SPD-Parteirat, Mitglied des SPD-Unterbezirks Düsseldorf, SPD-Landesausschuß; Gewerkschafter bei der ÖTV – ein geradezu klassisches Exempel für die sich wandelnde Sozialdemokratie.

Als Medienexperte seiner Partei hat er sich einen Namen gemacht, war dabei immer mit der Nase im Wind. Als es für die SPD insgesamt noch angezeigt erschien, keine privaten Rundfunkver-

stalter auf Hörer und Seher loszulassen, stattdessen vielmehr unbeirrt am öffentlich-rechtlichen Rundfunk allein festzuhalten, war Büssow schon auf dem Wege in die andere Richtung. Widerstand gegen eine Entwicklung, die nicht aufhaltbar, gar zukunftsfruchtig erschien, baute er ab. Das gelang ihm ebenso eindrucksvoll wie die Beseitigung seines öffentlichen Images, ein aggressiver Linker zu sein.

Das zumal hatte Büssows parlamentarischen Auftritten bislang oft ihre Bedeutung genommen. Ins Ideologie-Klischee gepreßt, erzielte er wenig Wirkung. Inzwischen zählt er zu den wenigen Abgeordneten des Düsseldorfer Landtags, die von allen Seiten als Anwärter auf größere Aufgaben angesehen werden. Seine Debattenbeiträge vor allem werden ob ihrer Schlagfertigkeit und Brillanz selbst von denen geschätzt, denen Büssows Attacken gelten.

Er habe sich entwickelt, sagen seine Parteifreunde. Und er selbst langt mit seiner flinken politischen Begabung längst weit über seinen medienpolitischen Fachbereich hinaus. Schon hält das Fraktionsvorstandsmitglied Jürgen Büssow auch Haushaltsreden. Ohnehin fühlt er sich im puren Streit der Experten „immer noch nicht ganz sozialisiert“, wie er sich auszudrücken beliebt.

Der 41jährige, verheiratet und Vater eines Kindes, sucht deshalb nicht umsonst den engen Kontakt der Politiker zum Wähler. Der Abgeordnete, hat er einmal gesagt, müsse „wirklich Transmissionsriemen der Bevölkerung“ sein. Jenseits von Fraktionszwang, Regierungsverantwortung und Parteiräson müsse er seinen Standpunkt finden, „auch wenn es dem Parteiparapparat weh tut“. Den Wahlkreis Düsseldorf IV hat Jürgen Büssow 1985 mit knapp 55 Prozent und einem Vorsprung von mehr als 20 Prozentpunkten auf seinen CDU-Mitbewerber gewonnen. Das ist wohl ein Auftrag von Gewicht. Büssow ist noch eine ganze Menge zuzutrauen.

Bernd Kleffner